

Der Klimawandel erfordert dringende Maßnahmen zum Schutz von Mensch und Natur

beschlossen von der Jahreshauptversammlung des | naturschutzbund nö |
in Mödling, am 19. Oktober 2024

Überschwemmungen und lange anhaltende Dürreperioden als unmittelbar wahrnehmbare Folgen der Klimakrise haben uns gezeigt, welche Herausforderungen uns in Zukunft massiv beschäftigen werden. Ihre verheerenden Auswirkungen werden durch die über Jahrzehnte fehlgeleitete und kurzsichtige Raumplanung, die Missachtung von natürlichen Gewässerdynamiken bei der Umsetzung von wasserbaulichen Maßnahmen und einem wenig nachhaltigen Umgang mit den Ressourcen Wasser und Boden verstärkt. Die Biodiversitätskrise, die sich in einem dramatischen Verlust von Populationen bis hin zum Aussterben von Arten äußert, ist genauso schwerwiegend, aber in ihren Folgen für den Menschen schwerer fassbar. Sie wird von einer wenig natur- und klimaverträglichen Agrarwirtschaft sowie einer massiven Bodendegradierung und Bodenversiegelung befeuert.

Der Naturschutzbund NÖ fordert die Umsetzung folgender Maßnahmen:

- Einen nachhaltigen, integrativen und ökologischen Hochwasserschutz an Gewässern von der Quelle bis zur Mündung. Außerhalb von Siedlungen muss es das vorrangige Ziel sein, den Flüssen mehr Raum zu geben und damit das Wasser auf der Fläche zurückzuhalten.
- Die Erhaltung und Wiederherstellung von natürlichem Retentionsraum im gesamten Verlauf der Fließgewässer mittels Aufweitungen und Renaturierungen breiter Begleitstreifen.
- Einen umfangreichen Schutz und die Renaturierung von Feuchtgebieten und deren naturschutzkonforme Nutzung/Pflege. Sie sind das große Kapital sowohl in den Dürrezeiten als auch bei Überschwemmungen.
- Kein Bauen mehr in Hochwasserzonen! Die Gelder aus dem Katastrophenfonds sind präventiv besser und nachhaltiger eingesetzt und mit weniger menschlichem Leid verknüpft. Im unmittelbaren Umfeld von Gewässern sollen Grundstücke von der öffentlichen Hand angekauft werden und damit Aufweitungen der Gewässer ermöglichen.
- Keine Ackernutzung in Überschwemmungsniederungen entlang von Fließgewässern. Der Boden wird bei einer Überschwemmung ausgeschwemmt, Humus gelangt in die Flüsse. Neben der Bodendegradation verschärft dies durch Sedimentation auch die Überschwemmungsgefahr im Unterlauf.
- Die landwirtschaftliche Produktion muss den Erfordernissen des Klima- und Biodiversitätsschutzes gerecht werden. Öffentliche Förderungen zur Erreichung der Ziele des Klima- und Biodiversitätsschutzes müssen zielführender eingesetzt werden.
- Der intensiv landwirtschaftlich genutzte Raum muss durch die Erhaltung und das großflächige Pflanzen von Landschaftselementen vor Austrocknung und Humusabtrag durch Wind und Wasser besser geschützt werden.
- Die Raumplanung muss reformiert werden! Aufgrund der zahlreichen Interessenskonflikte ist eine Verlagerung der (Flächen)Widmungskompetenz von der Lokalpolitik hin zu übergeordneten Behörden notwendig. Nur so kann eine fachlich fundierte, überregionale Flächennutzung gewährleistet und der Zersiedlung Einhalt geboten werden.
- Die ungebremste Bodenversiegelung muss ein Ende haben. Die von den Ländern vorgelegte „Bodenstrategie“ (Beschluss der Landesraumordnungsreferent*innen vom 29. Februar 2024) verdient diesen Namen nicht, enthält keine verbindlichen Ziele und sollte daher durch eine bundesweite Verpflichtung zur Eindämmung des Bodenverbrauchs ersetzt werden.